

Der Freie Schwarzwälder

Wildbader Anzeiger und Tageblatt

mit Erzähler vom Schwarzwald.



Erstausgabe:
in allen Verlags-
Anstalten
in der Stadt, Vierteljährl. M. 1,35
monatl. 45 Pf.
Bei allen württ. Postämtern
und Boten im Orts- u. Nachbar-
ortsverkehr Viertelj. M. 1,35,
außerhalb desselben M. 1,35,
hierin Postgebühren 30 Pf.
Telefon Nr. 41.

Amtsblatt für die Stadt Wildbad.

Verfündigungsblatt
der Kgl. Forstämter Wildbad, Meistern,
Enzklösterle u.

während der Saison mit

amtl. Fremdenliste.

Inserate nur 8 Pfg.
Ausdrücke 10 Pfg., die Klein-
spaltige Garnanzellen.
Kontamine 15 Pfg., die
Pettzeilen.
Bei Wiederholungen entspr.
Rabatt.
Fremdenliste
nach Heberlein.
Telegramm-Adresse:
Schwarzwälder Wildbad.

Nr. 283.

Montag, den 2. Dezember 1912.

29. Jahrg.

Das Ergebnis der Nachwahl,

das wir an der Spitze der dritten Seite tabellarisch und in weiteren Ausführungen wiedergeben, kann die Volkspartei nicht befriedigen. Die Differenz zwischen der Linken und Rechten hat sich durch das Anwachsen des Bauernbundes auf zwei Mandate verringert: die Linke wird 47, die Rechte 45 Mandate haben, wenn die Proporzwahl das selbe Ergebnis zeitigen wie 1906. Mit Recht hat Conrad Hausmann gestern in Stuttgart darauf hingewiesen, daß das für die Linke wenig erfreuliche Ergebnis mit herbeigeführt wurde durch die Unentschlossenheit der Deutschen Partei. Während dort halbamtlich, in letzter Stunde, ein kleines Abkommen mit der Sozialdemokratie getroffen werden wollte, schwankte der „Schwäbische Merkur“ das rote Tuch und blies ins Föhren zur Sammlung der „bürgerlichen Wähler“. Das hat allgemein verwirrt und diese Verwirrung ging bis hinein in volksparteiliche Kreise, die so in Waiblingen dem Sozialdemokraten nicht die zum Siege notwendige Unterstützung gewährt haben. Die Geschlossenheit der Rechten mußte erfolgreich sein gegenüber den Schwankungen, den der rechte Flügel der Linken auf dieser Seite verursacht hat.

Ein Teil der Schuld muß auch der Sozialdemokratie beigemessen werden; sie hat den Kampf gegen die Rechte mit weit weniger Energie geführt, als gegen die Nachbarn auf der linken Seite. Die Volkspartei hätte auch die Antwort nicht schuldig bleiben und hat die Rechte ohne allzuheftige Bekämpfung ihre schamlose Agitation betreiben können. Es wäre der Sache wenig dienlich, wenn nicht zugegeben würde, daß auch in den Reihen der Volkspartei manches besser hätte gemacht werden können. Darüber wird noch ein Wort gesprochen werden müssen.

Davon ist aber keine Rede, daß dieser Wahlausgang aus entnervt hätte; sein Wert besteht darin, daß er in weitere volksparteiliche Kreise hinein den Begriff von der Notwendigkeit einer straff gegliederten Organisation trägt. Dort, wo eine solche schon vorhanden ist, haben auch die volksparteilichen Wähler der ausgegebenen Parole standgehalten, mit Ausnahme von Besigheim, das unter einem besonderen Gesichtswinkel nach betrachtet werden muß.

Nein Friedensjahre sehen uns bevor; alle Kräfte müssen eingepaßt, aller gute Wille umgepaßt werden zur Tat. Die Volkspartei wird wieder an die Spitze kom-

men, denn ihre Führung ist notwendig für die weitere fortschrittliche Entwicklung des Landes. Das werden die Wähler selber sehen, wenn sie die Früchte zu kosten bekommen, die der jetzigen Zusammensetzung des Landtages, mit dem stärkeren Einfluß der Rechten, entwachsen können. Die Zauberformel aber heißt: „Organisatio n“!

Conrad Hausmann zur Wahl.

In Lager der Stuttgarter Volkspartei, in der Wiederhalle, nahm nach Entgegennahme der Ergebnisse Conrad Hausmann das Wort und führte aus:

Unter der Annahme, daß die Proporzwahl das gleiche Resultat wie bei den letzten Landtagswahlen ergeben, wird die Linke im neuen Landtag 47 Mandate haben, Zentrum und Bauernbund 46. Die Gründe, weshalb die Wahlen einen kleinen Rückschlag für die Linke ergeben haben, sind in vier Punkten zu suchen: 1. In der Rückgang der Erntehoffnungen für die bäuerliche Bevölkerung, 2. in den unglücklichen Fleischdemonstrationen der Sozialdemokratie, 3. in dem Umstand, daß der Bauernbund die Politik die die Volkspartei zur Hebung der Volksschule machen mußte, zu einer entstellten Darstellung benützt hat, um damit in den bäuerlichen Gegenden Stimmung zu machen. Der letzte Grund für den Rückgang der Linken liegt in dem Umstand, daß die Rechte innerlich und äußerlich vollständig geschlossen war, während bei der Linken in der Nachwahl die Geschlossenheit durch das Verhalten der Deutschen Partei fehlte. Trotzdem aber ist kein Grund vorhanden, in der jetzigen Entwicklung irgend welche Hoffnungslosigkeit zu sehen, die Deutsche Partei muß sich jedoch entscheiden, ob sie rechts oder links gehen will, ein Schwanken gibt es bei den zugespitzten Verhältnissen nicht mehr.

Die Proporzwahl erhalten nun eine hohe Bedeutung. Sie bringen die Entscheidung, ob für die Linke eine kleine Mehrheit herauskommen wird, oder ob die Mandate gleich verteilt sein werden, 46 zu 46. In diesem Fall würde der in der parlamentarischen Geschichte noch nie dagewesene Fall eintreten, daß die Richtung, die den Präsidenten stellt, einen abstimmbaren Abgeordneten verliert, so daß sich der Präsident nicht mehr auf eine Mehrheit stützen könnte. Es ist jedoch gar nicht ausgeschlossen, daß wenn der Kampf mit aller Kraft geführt wird, die Proporzwahl die Situation wesentlich verbessern werden. Sollte dieser Fall aber dadurch, daß die andere liberale Partei sich auf die rechte Seite schlägt, nicht eintreten, so wird die Volkspartei auch die Oppositionsstellung durchhalten. Die Fünftel der Bauernbundsstimmen wird mit der Zeit wieder verschwinden und die demokratische Stellung wird mit aller Sicherheit wieder dauernd befestigt werden, namentlich wenn die Organisation noch besser ausgebaut wird.

Die Balkanwirren.

Ringß um den Kriegsschauplatz.
Der Präsident der provisorischen Regierung Albanien's

Zemal Kemal Bey, hat an den italienischen Minister des Aeußern, Marquis di San Giuliano, folgende Depesche gerichtet: „Die Nationalversammlung, die sich aus Defegierten aus allen Teilen Albanien's ohne Unterschied der Religion zusammensetzt, hat in der Stadt Balona die Unabhängigkeit Albanien's proklamiert, eine provisorische Regierung eingesetzt, die die Erbsenrechte des albanischen Volkes, welches durch die serbischen Armeen mit Ausrottung bedroht wird, verteidigen und den nationalen Boden, der von den verbündeten Armeen überschritten ist, befreien soll. In dem ich das Vorstehende zur Kenntnis Ew. Excellenz bringe, bitte ich die Regierung E. Kgl. Majestät, diesen Wunsch in dem politischen Leben der albanischen Nation gütigst anerkennen zu wollen. Die Albanesen, die in die Familie der Völker Oeuropas eingetreten sind, unter denen sie sich schmeicheln, die ältesten zu sein, verfolgen nur ein einziges Ziel. Mit allen Balkanstaaten in Frieden zu leben und ein Element des Gleichgewichts unter ihnen zu werden. Sie sind überzeugt, daß die Regierung E. Kgl. Majestät, sowie die ganze zivilisierte Welt ihnen einen wohlwollenden Empfang bereitet und sie gegen jede Antastung ihrer nationalen Existenz und jede Verstimmlung ihres Territoriums schützen wird.“

Konstantinopel, 30. Nov. Nach einer Sitzung des Ministerrats hat der Großwesir erklärt, daß die Verhandlungen bei Tschataldscha einen „guten Fortgang“ nehmen und heute fortgesetzt wurden. Er hofft, daß bis in zwei Tagen eine Einigung erzielt werde.

Konstantinopel, 29. Nov. Die amtliche Liste verzeichnet 51 Cholerafälle in Konstantinopel, von denen die Hälfte tödlich verlief. Die Epidemie wälzt weiter unter den türkischen Truppen der Tschataldschaine und in den Choleraabarraken von St. Stefano, wo die Lage trübsalig sein soll.

Sofia, 29. Nov. Zwei türkische Redivdivisionen haben sich den bulgarischen Truppen bei dem Dorfe Merhunka zwischen Debeagatsch und Dimotika ergeben.

Der gute Geschmack zeigt sich darin, daß man die Dinge kennt, die man verschweigen muß, wie die, die man bespricht. Valzac.

Das Tor des Lebens.

Roman von Andy Botke.

(Copyright 1910 by Boll und Bickardt, Berlin.)

(Fortsetzung.)

Kolf taumelte einige Schritte zurück. Mit fast irren Augen sah er sie an, dann aber fürzte er Heinrike zu Füßen und, ihre Knie umfängend, schluchzte er auf:

„Könnte ich doch jetzt zu deinen Füßen sterben, du Angebetete, du Süße!“

Heinrike strich zärtlich mit der Hand über sein glattegeheiltes Haar.

„Leben sollst du, Kolf, und weil ich das will, da habe ich dir in der schwersten Stunde meines Lebens entkühlt, was mein Mund sonst nie verraten hätte, was dir Kraft geben soll, wenn ich jetzt von dir scheide.“

Kolf zog ihre weißen Hände leidenschaftlich an seine heißen Lippen.

„Wer kann uns denn fesseln, und halten, O-Liebe? Wer kann uns hindern, alle Schranken niederzureißen, wenn Herz sich zum Herzen drängt? Wir nehmen niemand etwas. Er, der deine Liebe so gering schätzte, hat uns selbst den Weg gezeigt. Vertraue mir, Heinrike. Laß mir wenigstens die Hoffnung, daß du dereinst mitgehören willst, laß mich um dich kämpfen, dich erringen, allen Hindernissen zum Trotz.“

„Rein, Kolf!“ wehrte sie heimlich Angefaßt. „Das wäre eine schlechte Liebe, die alle Schranken mißachtet, welche uns die Pflicht gezogen. Wie etwas Schönes, etwas Großes und Heiliges soll uns unsere Liebe in das ferne, Ode und trotzliche Leben geleiten, nicht wie eine Schuld soll sie mit uns gehen. Und man laß uns scheiden, Kolf. Fahr wohl!“

Sie senkte ihre gefalteten Hände wie zum Segen auf sein Haupt, und ihre weißen Lippen legten sich auf seine Stirn.

Da riß er sie wild und heiß an sein Herz, und seine Lippen pressten sich in süßem Kusse auf die ihren.

„Was tust du?“ schrie sie auf. „Kolf, erbarme dich!“

„Er liebt sie sofort los.“

„Bergehe, Heinrike“, bat er demüthig. „Einmal wenigstens wollte ich das Glü von deinen Lippen trinken, einmal heiß sein. Fahr wohl!“

Er preßte ihre Hände an seine tränennassen Augen, dann fürzte er aus dem Zimmer. Er hatte aber kaum den Ausgang erreicht, als gedämpftes Stimmengewirr an Heinrikes Ohr drang.

Was war das? Was bedeutete das seltsame Gebahren der Menschen da draußen im Garten, die sich so unstill zusammenbrängten?

Heinrike klammerte sich an einen Sessel und blühte mit weit angerissenen Augen durch das Fenster.

Trug man nicht einen Toten ins Haus?

Mit einem verzweifelten Schrei eilte sie zum Zimmer hinaus, gerade in dem Augenblick, als Kolf Bandener die Tür zum Schlafzimmer öffnete und heiser sagte:

„Bitte, hier hinein, damit Frau von Eichenbach nicht erschreckt wird.“

„Wer ist es?“ schrie sie auf, der Wahre zustüßend, die mehrere Männer trugen. „Ist er tot?“

„Rein, nur schwer verwundet, gnädige Frau“, beruhigte sie ein alter Herr, augenscheinlich ein Arzt, der Kolf Bandener in das Schlafzimmer gefolgt war. „Ihr Herr Gemahl wollte, um eine Explosion des Dampfessels zu verhindern, eigenhändig ein Ventil öffnen, das durch Unachtsamkeit geschlossen geblieben oder böswillig geschlossen wurde, als das Unglück geschah. Wir haben bereits an dem Unglücksort die ersten Verbände angelegt und hätten Herrn von Eichenbach gern gleich ins Krankenhaus gebracht, aber er jammerte so, daß er nach Hause wollte, und so hatten wir nicht den Mut, es ihm zu sagen. Ich habe gleich eine fromme Schwester zur Pflege mitgebracht“, fuhr der Arzt fort. „Es wird alles geschehen, die Leiden des Kranken zu lindern.“

Heinrike sah starr auf den ganz in Verband gehüllten Körper, den man da vor ihr aufs Bett legte.

„Sibo!“ schrie sie erschüttert auf, nach seiner linken, nicht verbundenen Hand greifend.

Ein Wimmern war die Antwort.

Kolf hatte inzwischen geholfen, den Kranken zu betten. Jetzt stand er und sprach leise flüsternd mit dem Arzt, der ihn augenscheinlich Verhaltensmaßregeln gab.

„Nicht fortgehen, Heinrike!“ kam es da von Sibos Lippen. „Erbarme dich mein! Laß mich nicht so elend verkommen! Hilf mir!“

Sie sank an seinem Bett auf die Knie, und ihr Antlitz dühl an seine verbundene Wange legend, flüsterte sie ihm zu: „Ich bleibe bei dir, Sibos, sei ruhig, ich gehe nicht von dir!“

Da zog etwas wie der Schein eines Lächelns über die

eine Hälfte des Gesichts, die nicht verletzt war, dann schloß der Kranke ermattet die Augen.

Der Arzt winkte allen, das Zimmer zu verlassen, nur er und die Schwester blieben zurück.

„Wird er leben?“ fragte Heinrike noch in der Tür mit einem so gequälten Ausdruck im Gesicht, daß der Arzt nur zögernd antwortete:

„Ich weiß es nicht, gnädige Frau. Ihr Herr Gemahl hat eine so ausgezeichnete Konstitution, daß wir trotz der schweren Verletzungen doch hoffen können. Die ganze rechte Seite ist verbrannt, eine einzige furchtbare Wunde. Wenn keine inneren Komplikationen hinzutreten, dann hoffen wir ihn durchzubringen.“

Heinrike dankte dem Arzt, dann winkte sie den Kaffierer, der auch mitgekommen war und der bis jetzt bleich und zitternd an der Türe verharrte, in ihr Zimmer, wo ihn auch Kolf Bandener folgte.

Die Dienerschaft stand schon in den Gängen herum und aus dem Garten schallte noch immer Stimmengewirr wie drohendes, dumpfes Gemurmel heraus.

Heinrike konnte sich kaum noch auf den Füßen halten. Sie fühlte, auch dieser Mann da, der nicht wußte noch wollte, brachte ihr nichts Gutes.

„Wollen Sie nicht erzählen Herr Kornstein“, forschte sie, auf einen Sessel deutend, „was sich angetragen. Sie können ungeheuer sprechen, Herr von Bandener ist, wie ein treuer Freund unseres Hauses.“

Der Kaffierer räusperte sich verlegen.

„Es ist so schwer, gnädige Frau, man weiß gar nicht, wo anfangen. Heute morgen ging es schon an. Als ich ins Kontor kam, sah ich zu meinem Schrecken, daß unsere beiden großen Geldschränke weit geöffnet waren, und voller Entsetzen gewahrte ich, daß die Summe von 200 000 Mark die zur Deckung der in diesen Tagen fälligen Wechsel bestimmt war, fehlte. Ich war zurecht so bestürzt, daß ich gar nicht wußte, was ich tun sollte. Ich telephonierte an Herrn von Eichenbach, aber ich erhielt keinen Anruf. Ich schied zu Mister Derham, um dort zu meinem Schrecken zu erfahren, daß Mister Derham abgereist sei, wohin — unbekannt. Nichts Gutes ahnend, lief ich zur Polizei, die gleich an alle Bahnhöfen ihre Depeschen sandte, aber bis jetzt haben wir noch keine Spur von dem Verschwandenen. Als Herr von Eichenbach endlich kam, fand er auf seinem Schreibtisch einen Brief vor — hier ist er — ich fand ihn zusammengeballt an der Erde.“

(Fortsetzung folgt.)



Deutscher Reichstag.

Sitzung vom 29. November 1912.

Vom Bundesrat: Vorsitzender Kriegsminister General v. Derfflinger, später Staatssekretär Dr. Delbrück.
Präsident Dr. Knoke eröffnete die Sitzung um 1 Uhr 5 Minuten.

Auf der Tagesordnung stehen zunächst kurze Anfragen.
Der Abg. Mumm (Wirtsch. Bg.) fragte, ob Schritte getan sind, um die am 5. Februar 1912 verlorene Brüsseler Konferenz zur Revision des Spirituosenhandels zu neuen Zusammenkünften zu veranlassen.

Sechsmat Klein: Die Reichsregierung hat bisher derartige Schritte nicht eingeleitet, weil diese zur Zeit als aussichtslos erscheinen.

Abg. Rehr. v. Rüdiger (Nat.) fragte, in welcher Weise in Ermangelung der Anwesenheit eines deutschen Kriegsschiffes für den Schutz der Deutschen in Saloniki gesorgt worden ist.

Sechsmat Lehmann: Es sind bis jetzt keine Erscheinungen zu Tage getreten, nach denen Leben und Eigentum von deutschen Staatsangehörigen in Gefahr gekommen wären. Unsere Kriegsschiffe im Mittelmeer sind erforderlichenfalls jederzeit in der Lage, vor Saloniki zu erscheinen. Sollten sich wider Erwarten die Ereignisse dort sehr schnell zuspitzen, dann stehen uns auch die Hilfsmittel der uns bestreuernden Mächte zur Verfügung.

Abg. Dr. Jund (Nat.) fragte, ob dafür gesorgt ist, daß die geforderte vorgezeichnete Errichtung von Maschinen- und Gewehrschneidmaschinen sofort und mit der gebotenen Schnelligkeit durchgeführt werden kann.

Vorsitzender Kriegsminister v. Derfflinger: Die nach dem Friedenspräsenzgesetz von 1911 und 1912 angeforderten 114 Maschinengewehr-Abteilungen sind errichtet worden. Die nach dieser Richtung weiter gearbeitet wird, das zeigt Ihnen der Etatentwurf für 1913. Ich kann die bestimmte Versicherung abgeben, daß für den Kriegsfall alles Erforderliche in die Wege geleitet ist. (Allseitiges Bravo!)

Abg. Köhler (Soz.) fragte, ob die Verbündeten Regierungen bereits Stellung zu den Resolutionen über Wohnungszulassung genommen haben, die der Reichstag in seiner Sitzung vom 22. Mai d. J. einstimmig beschlossen hat, und wenn ja, mit welchem Ergebnis.

Unterschiedssekretär Dr. Richter: Es haben sich bei Erörterung dieser Resolution allerlei Schwierigkeiten herausgestellt. Die Verhandlungen sollen nach Möglichkeit gefördert werden, doch ist es noch unbestimmt, ob noch im Laufe der jetzigen Tagung ein dementsprechendes Gegenwort vorgelegt werden kann.

Sodann wurde die Debatte über die Teuerungsinterpellation fortgesetzt.

Abg. Sieg (Nat.): Als praktischer Landwirt kann ich bestätigen, daß sich unsere Wirtschaftspolitik vorzüglich bewährt hat. Das geht auch daraus hervor, daß die Lebenshaltung der Arbeiter auf dem Lande sich ebenso gesteigert hat, wie in der Stadt. Ein junger Landarbeiter läßt sich heutzutage nicht mehr im Mittel, sondern im tadellosten Gehrock oder gar im Frack trauen. (Große Heiterkeit.) Über den Niedergang der Seuchen sind wir erfreut. Ich selber habe in den 33 Jahren meiner Wirtschaftsführung dreimal die Maul- und Klauenseuche gehabt. (Schallende Heiterkeit.) Hinsichtlich des vertauschten Zwischenhandels hat der Landwirtschaftsminister durchaus recht. Die neue Methode der Viehschlachtwirtschaft ist äußerst. Gegen eine Kommissionsberatung der Zolltarifänderungsfrage haben wir nichts, die Regierungsvorschläge anzunehmen. Gerade in diesen schweren Zeiten haben wir alle Ursache, dafür einzutreten, daß Deutschland dauernd mit einem guten Fleisch versorgt werden kann. (Beifall.)

Abg. Graf Schwerin-Köslig (Deutschkons.): Die gegenwärtig bestehende Teuerung in den großen Städten wird gerade auch von landwirtschaftlicher Seite aus bedauert. Die Landwirtschaft hat ein Interesse daran, daß die Preise für Fleisch gleichmäßig bleiben und zwar in der Höhe, daß die Produktion wie auch der Verbrauch dabei zurecht kommt. Wenn man unsere Fleischversorgung auf die Lieferung des Auslandes aufbaut, dann müßte man Hunderte von Millionen für die Einrichtung von Gefrierhäusern und Gefrierhäusern aufwenden. Dann könnte man auch all das Geld sparen, was man für die innere Kolonisation aufwenden muß. Aber gerade durch die innere Kolonisation sind wir imstande gewesen, unsere Viehzucht innerhalb eines halben Jahrhunderts zu verdoppeln. Wollen wir diese weiter durchführen, dann muß man eine Beunruhigung unserer Viehzucht treibenden Bevölkerung unterlassen. Die Maßnahmen der Regierung haben nur einen ganz geringfügigen Einfluß auf die Fleischversorgung, der in gar keinem Verhältnis steht zu der dadurch hervorgerufenen großen Beunruhigung. Es ist erreicht worden, daß unsere Landwirtschaft 95 Prozent des eigenen Fleischbedarfes deckt. Ohne die bedauerliche Kalamität des Jahres 1911 in Bezug auf Futtermittel und Maul- und Klauenseuche würden wir auch bei einer weiteren Zunahme der Bevölkerung in 5 Jahren das Ziel erreicht haben, das deutsche Volk aus eigenen Kräften mit dem nötigen Fleisch zu versorgen. Trotz alledem werden wir aber das Ziel erreichen. Mit der Änderung des Paragraphen 12 des Fleischbeschaugesetzes beabsichtigt man nur, kapitalistische Interessen zu fördern, die das argentinische Gefrierfleisch einführen wollen. Wenn wir die Fleischkontrolle durch Aufhebung des Paragraphen 12 noch weiter abschwächen, dann ist einfach das ganze Fleischbeschaugesetz nicht mehr haltbar. Da wäre es doch vielleicht richtiger, einen Teil von dem Fleisch zu verwenden, das bei uns jährlich verworfen wird, von dem drei Viertel immer noch besser ist, als das schlechte Gefrierfleisch in Amerika. In England und in noch höherem Maße in Amerika hat der Gefrierfleischverkehr nicht nur den ganzen Verkehr mit Fleisch, sondern auch den ganzen Verkehr mit Vieh vertrieben. Wenn die Kommunen die großen Fleischlieferungen, die ihnen von den landwirtschaftlichen Genossenschaften angeboten werden, annehmen würden, dann würde es möglich sein, eine rationelle Viehzucht zu treiben. Es ist eine alte Erfahrung, daß durch die Schwankungen die Preise verteuert werden. Wie die Berliner Verwaltung, die doch die Vermittlung des russischen Fleisches übernommen hat, das Angebot des Verbandes der pommerischen Genossenschaften auf Lieferung von Schlachtschweinen ablehnen und die Vermittlung des inländischen Fleisches nicht mehr als ihre Aufgabe betrachten kann, will mir nicht einleuchten. Die Aufgabe läßt sich nicht aus der Welt schaffen, daß die Stadtverwaltung heute schon in der Lage wäre, ihre städtischen Einwohner das Fleisch um 17 bis 18 Mark unter dem heutigen Tagespreise zu liefern. (Zustimmung rechts.) Sie könnte es sogar um 6 bis 8 Mark billiger liefern, als sie das russische Fleisch verkauft. (Hört! hört! rechts.) Hierin werden wohl die Herren Berliner endlich einsehen lernen, wenn sie es bis heute verstanden, daß der Fleischpreis noch nicht auf der erwünschten Höhe steht. Am übrigen sind wir mit den von den Verbündeten Regierungen zur Bekämpfung der Fleischteuerung ergriffenen oder in Aussicht genommenen Maßnahmen einverstanden. Den sozialdemokratischen Antrag lehnen wir ab.

Präsident Dr. Knoke: Der von der sozialdemokratischen Fraktion im Anschluß an die Interpellation gestellte Antrag ist zurückgezogen; statt dessen hat dieselbe Fraktion folgenden Antrag eingebracht: Der Reichstag wolle beschließen: Die Behandlung der den Gegenstand der Interpellation bildenden Angelegenheit durch den Reichskanzler entspricht nicht der Anschauung des Reichstages.

Außerdem ist von den Abg. Albrecht (Soz.) und Gen. der Antrag eingegangen, die Frage, ob auf Grund des § 13a der Geschäftsordnung Anträge zulässig sind, die spezialfiskalen, nach welcher Richtung die Behandlung einer den Gegenstand einer Interpellation bildenden Angelegenheit durch den Reichskanzler der Anschauung des Reichstages entspricht oder nicht entspricht, der veränderten Geschäftsordnungskommission zu überweisen.

Staatssekretär des Innern Dr. Delbrück: Seit Jahren beschäftigt sich das Haus mit dem Problem der Fleischteuerung, und immer sind nach tagelangen Debatten dieselben Streitfragen unentschieden geblieben. Der Grund liegt darin, daß die Erörterungen auf einer falschen Voraussetzung aufgebaut werden. Die Herren von der Linken rechnen immer mit der für sie erwarteten Tatsache, daß die Fleischnot durch unsere Zoll- und Wirtschaftspolitik verursacht sei, und infolgedessen werden die Debatten immer zu einem heftigen wirtschaftspolitischen Kampf aus, in welchem das eigentliche Ziel, die Lösung der Fleischfrage, untergeht in dem Getöse des Streites über allgemeine wirtschaftliche und politische Fragen. Im vorigen Jahre habe ich mit einer Fülle von Material nachgewiesen, daß wir unter unserer Wirtschaftspolitik eine glänzende Entwicklung genommen haben und das Vermögen des deutschen Volkes alljährlich um erhebliche Summen wächst, und daß und diese Wirtschaftspolitik in die Lage versetzt hat, eine Sozialpolitik zu treiben, wie kein anderer Staat auch nur versucht hat. Sollte diese Wirtschaftspolitik wirklich schuld sein, daß eine Teuerung eingetreten ist, die in keinem Verhältnis steht zu der Mehrbelastung unserer Produktion und Wirtschaftsführung, die durch die immerhin mäßigen Zölle (Widerspruch links) herbeigeführt ist? Demgegenüber bemerke ich, daß das Wirtschaftswesen eines großen Volkes sich heutzutage überhaupt nicht in den Grenzphasen des eigenen Landes abspielt, sondern durch die wirtschaftlichen und politischen Vorgänge der ganzen Welt beeinflusst ist. Aus Anlaß der früheren Debatten habe ich mich an unsere auswärtigen Missionen gewandt und von ihnen ein übersichtliches Material über die Preisbildung der Lebensmittel und anderer wichtiger Wirtschaftspraktiken in den anderen Ländern bekommen. Ich will Sie mit der Fülle der Zahlen nicht langweilen, sondern nur kurz das Ergebnis mitteilen.

Der Staatssekretär ging darauf näher auf die Verhältnisse in den anderen Ländern ein und folgerte daraus, Alles das beweist doch, weil in allen diesen Ländern mit verschiedenen gearteter Wirtschaftspolitik überall Steigerungen vorliegen, daß diese, und selbstverständlich auch, was die Fleischpreise anlangt, auf internationaler Ursache beruhen. Das sind Ursachen, die wir außerhande sind, aus der Welt zu schaffen. Diese sollte man deshalb auch bei uns nicht diskutieren. Solche Verhandlungen sind auch unschwer zu machen, weil sie ja doch den Reichstag nicht bewegen können, an unserer Wirtschaftspolitik etwas zu ändern. Wenn die Debatten über die Fleischnot nicht immer ausfliegen in einem leidenschaftlichen Auf und Ab einer Abwertung unserer Wirtschaftspolitik, dann würden die Herren von der Rechten (Wahl links und ironisches Lachen) bereit sein, mitzuarbeiten, wenn es sich also nur um eine augenblickliche Korrektur und nicht um den beschriebenen Anfang mit dem Verzicht unserer bewährten Wirtschaftspolitik, die uns groß gemacht hat, handelte. Auch die Erörterungen darüber, welche Minimalmenge von Schwein und welche Mengen von Fleisch dem einzelnen Menschen zugesetzt werden sollten, sind nutzlos. Aber sie dürfen nicht vergessen, daß das Fleischquantum, das uns heute zur Verfügung steht, immer noch größer ist, als beispielsweise das vor 10 Jahren, dessen Quantität damals niemand als ungenügend bezeichnet hat. Wieviel der einzelne Arbeiter Fleisch braucht, das ist eine Doktorfrage, bei der man von jedem eine andere Antwort bekommt. Es kommt lediglich darauf an, ob die Bevölkerung in der Lage ist, das übliche Quantum Fleisch zu einem annehmbaren Preise zu erhalten. Daß nach dieser Richtung hin die Grenze vielleicht überschritten ist, kann kein Zweifel sein. Aber diese Grenze ist nur für einen Teil der Bevölkerung überschritten und zwar für den, der auch so schon nicht in der Lage ist, sich das nötige Fleisch zu kaufen. (Hört! hört! bei den Soz.) Wir streiten ja gar nicht, daß das Fleisch knapp ist. Wir bedauern mit Ihnen, daß es bis jetzt nicht gelungen ist, das Liebs Derr zu werden. Der Fleischbedarf ist nun am größten in den großen Städten mit ihrer industriellen Bevölkerung. Deshalb mußte man mit den Hilfsmitteln auch an dieser Stelle ansetzen. Nun wird eingewendet, diese Aufgabe komme den Städten gar nicht zu. Es haben ja doch oder einseitige Stadtverwaltungen, lange bevor die Regierung mit ihren Maßnahmen kam, ihrerseits durch Bezug und Verkauf von Fleisch unter Mitwirkung der Schlächter dem Kaufmann abgeholfen, und wie die Vorteile erkennen lassen, mit Erfolg. Ein weiteres Reum ist die Association des Angebots seitens der Landwirtschaft. Auch das ist eine spontane entstandene Bewegung mit dem Zweck, über wirtschaftliche Schwierigkeiten hinwegzukommen, die nicht bloß die städtische Bevölkerung, sondern auch die produzierenden, namentlich die kleineren Landwirte betreffen. An diesen beiden der Praxis entnommenen Punkten hat die Regierung eingegriffen. Gewiß gehört eine solche Versorgung der Bevölkerung mit Fleisch nicht zu den traditionellen Aufgaben der Kommunen; aber was wären und wo wären unsere Kommunen, wenn sie heute noch sich auf die Aufgaben beschränkten, die ihnen etwa vor hundert Jahren oblagen: Einziehung von Gefällen, schlechte Feuerwehr usw. (Heiterkeit.) Die großen Kommunen sind auch an den wirtschaftlichen Vorgängen, die das Fleisch auf dem vom Staat in die Höhe erzwungenen Wege beinhalten, gar nicht beteiligt. Zugabe ist, daß es für die Kommunen, wenn die Aufgabe heute an sie herantritt, außerordentlich schwer ist, ihr Versehen zu beheben, die notwendig sind. Ich kann es daher verstehen, wenn einzelne Stadtverwaltungen nur bedenklich und ängstlich an die Sache herantreten; aber trotzdem hoffe ich, daß was die Regierungen eingeleitet haben, doch zum Ziele kommt.

Nach dem Staatssekretär hielt noch der fortschrittliche Parteisekretär eine großangelegte, gegen die Ausführungen des Reichskanzlers scharf kritisch gerichtete Rede. Dann kamen die Vertreter der kleineren Fraktionen zum Wort.

Deutsches Reich.

Aus der liberalen Arbeiterbewegung.

Neue Ortsgruppen des Reichsvereins liberaler Arbeiter und Angestellten.

In Lübeck sprach auf Einladung einer Anzahl fortschrittlicher Arbeiter und Angestellten Parteisekretär Eibel-Berlin in gutbesuchter Versammlung. Zum Schluß wurde mit großer Begeisterung die Gründung einer Ortsgruppe vollzogen und ein provisorischer Ausschuss gewählt. Die Führung der Geschäfte liegt zunächst in den Händen des Herrn Otto Böhm, Wafenpflanz 120, I.

In Hannover hielt am 18. November Ingenieur Wilhelm-Berlin vom Hauptvorstand des Reichsvereins liberaler Arbeiter und Angestellten einen mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag über „Die Notwendigkeit der liberalen Arbeiter- und Angestelltenbewegung“. Zum Schluß konnte die Gründung einer Ortsgruppe mit einer städtischen Mitgliederzahl vorgenommen werden. Als Leiter des provisorischen Ausschusses wurde Herrmann Watenberg, Wiesenstraße 50, bestimmt.

Berlin, 28. Nov. Die Verhandlungen zwischen den provincialen Parteivorständen der Fortschrittlichen Weltspartei und der nationalliberalen Partei über ein gemeinsames Vorgehen bei den bevorstehenden Landtagswahlen in der Provinz Brandenburg haben nach der „Börsen Zeitung“ zu einer Verständigung geführt, deren Genehmigung durch die sonstigen Parteinstanzen in nächster Zeit erwartet werden darf.

Düsseldorf, 29. Nov. Die politische Polizei beschlagnahmte in dem sozialistischen Büro für Rheinland und Westfalen 20.000 Exemplare einer antimilitaristischen Broschüre, von der ein Teil bereits verhandelt ist.

Ausland.

Eine furchtbare Wetterkatastrophe

Ja: die Philippinen heimgeschickt. Der Gouverneur meldete nach New York, daß die Orte Tacloban und Capiz durch einen Taifun völlig zerstört worden sind. 15—17.000 Menschen wurden getötet oder verletzt. — Nähere Nachrichten liegen noch nicht vor.

London, 29. Nov. Als die Polizei in Aberdeen einen Saal durchsuchte, in dem der Schachmeister Lloyd George sprechen sollte, entdeckte und verhaftete sie eine zu den Frauenkammern gehörendes Mädchen, das eine Bombe in seinem Besitz hatte.

Württemberg.

Dienstaftigkeiten.

Die Generaldirektion der Staatseisenbahnen hat die Eisenbahndienstleistungen in Unterböhmen und Ostböhmen in Stuttgart bei auf Ansuchen gegenseitig verteidigt.

Württembergischer Handelskammertag

Am 26. November fand in Stuttgart unter dem Vorsitz des Präsidenten der Handelskammer Stuttgart, Geh. Kommerzienrat Adolf Schiedmayer, eine Vertreterkonferenz der württembergischen Handelskammern statt, in der über nachstehende Gegenstände beraten wurde: Regelung des Ausverkaufswesens in Württemberg. Hierzu hat die K. Zentralstelle der Handelskammern einen Entwurf von Ausführungsbestimmungen zu § 7 Abs. 2 des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb zur Begutachtung zugehen lassen. Um eine möglichst rasche Verhandlung über die in Aussicht stehenden behördlichen Maßnahmen zu erzielen, war der Konferenz der K. Zentralstelle über die Frage, Herr Oberamtmann Dr. Hottel, eingeladen worden, diesen Entwurf auf dem Handelskammertag persönlich zu erläutern. Oberamtmann Hottel, der dieser Einladung bereitwillig gefolgt war, gab zunächst einen eingehenden Bericht über die geltenden Grundlagen und die bisherigen Versuche einer behördlichen Regelung des Ausverkaufswesens innerhalb des Reiches, sowie über die maßgebenden rechtserichterlichen Entscheidungen. An Hand des vorgelegten Entwurfs trat alsdann die Versammlung in eine Prüfung der einzelnen Bestimmungen ein.

In erster Linie handelt es sich um die Festsetzung der gemäß § 7 Abs. 2 des W. Ver.-Ges. anmeldspflichtigen „bestimmten Arten von Ausverkäufen“. Der Handelskammertag sprach sich dafür aus, daß folgende Ausverkaufstypen der Ortspolizeibehörde gleichzeitig mit der Einreichung eines Verzeichnisses der auszuverkauften Waren zur Anzeige zu bringen sind: 1. Wegen Veränderungen in der Firma oder der Person des Geschäftsinhabers, 2. Umwandlung in eine andere Gesellschaftsform, Ausscheiden oder Neueintritt eines Gesellschafters, Wechsel des Geschäftsinhabers usw., 3. wegen Änderungen im Geschäftsvertrieb, 4. Aufgabe des Geschäfts, Aufgabe einer Geschäftsabteilung usw., 5. wegen Veränderung des Warenlagers, 6. Räumung, Beschädigung von Waren infolge höherer Gewalt usw., 7. wegen Veränderung der Geschäftsräume und deren Inneneinrichtung, 8. wegen geschäftlicher Zwangslagen, 9. B. Zahlungsunfähigkeit, gerichtlicher Einzug höherer Gewalt usw., 6. wegen günstigen Einkaufs, 7. Ausverkäufe, bei denen Waren durch Liquidation, Auktoren, Treuhänder oder sonstige Beauftragte feilgeboten werden, ausgenommen Vollstreckungsverkäufe der richterlichen, 8. Ausverkäufe, die durch gezwungenermaßen, 9. Ausverkäufe, die nach Art der Wandelager außerhalb der räumigen Betriebsräume stattfinden. Der Anknüpfung dieser anmeldspflichtigen Ausverkaufstypen soll jede sonstige Anknüpfung gleichgültig sein, die den Verkauf von Waren wegen Beendigung des Geschäftsbetriebs, Aufgabe einer einzelnen Warengattung oder Räumung eines bestimmten Warenvorrates aus dem vorhandenen Bestand bezweckt. In dem in dreifacher Ausfertigung einzureichenden Verzeichnis — von dem der zuständigen Handelskammer und Handwerkskammer neben der Anzeige je ein Exemplar übermittle werden soll — sollen die auszuverkauften Waren vollständig und übersichtlich aufgeführt werden. Anzeige und Verzeichnis sind persönlich oder durch einen Bevollmächtigten, oder durch eingeschriebenen Brief einzureichen. Die Übergabe der Anzeige und des Verzeichnisses bei der Ortspolizeibehörde muß gleichzeitig und zwar spätestens acht Tage vor Beginn des Ausverkaufs erfolgen. Ausnahmsweise, wenn die Ware dem Verderben ausgesetzt oder Gefahr im Verzuge ist, kann von der Einhaltung der Frist befreit werden. Dem Handelskammertag soll anbegehrt bleiben, inwiefern sich bei der Organisation der Überwachung des Ausverkaufswesens beteiligen wollen. Weiterhin beauftragte der Handelskammertag, daß die vorgelegten Ausführungsbestimmungen zu einer vollständigen übersichtlichen und allen Interessierten zugänglichen Ausverkaufsanordnung ausgearbeitet werden. Demgemäß sollen in diese Ausverkaufsanordnung auch die Bestimmungen Württemberg vermindert schon früher zu erlassenden Bestimmungen über Saison- und Inventurausverkäufe (§ 9 des W. Ver.-Ges.) aufgenommen werden. Schließlich dieser Ausverkaufsanordnung sprach sich der Handelskammertag dafür aus, daß jährlich nur 2 Saison- und 1 Inventurausverkauf stattfinden dürfen, wobei indes der Inventurausverkauf zeitlich mit einem der Saisonverkaufe zusammenfallen muß (also insgesamt nur 2 bedeutende Ausverkäufe im Jahre). Die Dauer des Ausverkaufs soll 14 Tage nicht überschreiten dürfen. Da gegen die als Spielraum für die Saison- und Inventurausverkäufe vorgeschlagenen Zeiten



Das Ergebnis der Landtagsnawahlen.

(bisherige Abgeordnete.)

Bezirk:	Volkspartei	Deutsche Partei	Sozialdemokratie	Bauernbund u. Konservativ	Zentrum	Gewählt
Bödingen	Hensch: 2473 (1136)	Schmidt: 2610 (1862)	Erlebusch: (1396)	Stroh: 2723 (2080)	—	Stroh gewählt.
Bödingen	Fadler (Wib): 951 (1140)	v. Balz: 2367 (1561)	Sämann: 2013 (1731)	Hornung: 1194 (1184)	—	Schmidt gew.
Bradenheim	Leibfried: 2267 (1567)	—	Behr: 2011 (1735)	Haag: 2521 (1881)	—	Leibfried gewählt.
Calw	Staudenmeyer: 2640 (2186)	—	Knapper: (794)	Faßion: 1521 (1325)	—	Haag gewählt.
Calw	—	—	Reichel: (1110)	—	—	Staudenmeyer gew.
Calw	—	Hofel: 3233 (2439)	Brechmar: 1723 (2063)	Söll: (723)	Herrler: 3007 (2125)	Hofel gew.
Calw	—	—	Krey: (460)	Waglen: 2071 (1626)	Gröber: (11)	Krey gewählt.
Calw	—	Red: 6785 (5551)	Herrich: 5153 (4810)	Ströbel: (486)	Gröber: (535)	Red gewählt.
Calw	—	—	Dietrich: 3378 (2984)	Graf: 2585 (2417)	—	Dietrich gewählt.
Calw	Wunderlich: 2955 (2682)	—	Lang: 2434 (2007)	Seifried: 2582 (1888)	Gröber: (6)	Seifried gew.
Calw	Mägele: 1682 (1767)	Eisele: (569)	Roschmann: (368)	Karges: 2894 (1739)	Chrler: 2542 (1971)	Karges gewählt.
Calw	—	—	Schuhmacher: 2927 (2322)	Noth: 3731 (2574)	—	Noth gew.
Calw	—	Haller: (651)	Kämpf: (916)	—	—	Haller gew.
Calw	—	—	Wagner: 2935 (2880)	Haberlen: (222)	Hanser: 3215 (2842)	Haberlen gew.
Calw	—	Commerell: 3704 (3027)	Ganter: (1628)	Sigel: (32)	—	Commerell gew.
Calw	—	—	Kurz: 2656 (2175)	Rörner: (156)	—	Kurz gew.
Calw	—	Fröber: 2632 (1695)	—	Senner (h. so.): (444)	Gröber: (139)	Fröber gew.
Calw	—	—	Hofschla: 1750 (1365)	Breuninger: 1618 (1215)	—	Hofschla gewählt.
Calw	—	—	Rowald: 841 (899)	—	—	Rowald gew.
Calw	—	—	Rill: 1708 (1709)	Begenast: 1132 (916)	Gröber: (79)	Rill gew.
Calw	—	—	Mattutat: 2735 (2343)	Rrug: (263)	—	Mattutat gew.
Calw	—	—	Fette: 1949 (1935)	Rörner: (347)	—	Fette gew.
Calw	—	—	Dosenhien: (1125)	Wäuble: 1000 (1290)	—	Dosenhien gew.
Calw	—	—	Wäuble: 1000 (1290)	Walter: 1962 (1418)	—	Wäuble gew.
Calw	—	—	Wäuble: 1000 (1290)	Walter: 1962 (1418)	—	Wäuble gew.
Calw	—	—	Wäuble: 1000 (1290)	Walter: 1962 (1418)	—	Wäuble gew.
Calw	—	—	Wäuble: 1000 (1290)	Walter: 1962 (1418)	—	Wäuble gew.

Die Stärke der Parteien.

1. Wahlgang	7	4	10	11	19
2. Wahlgang	8	5	3	6	2
Proporz 1906	4	2	4	3	4

Beim zweiten Wahlgang fanden 24 Mandate zur Vertheilung. Es wurden gewählt: 8 Volkspartei, 6 Konervative und Bund der Landwirte, 5 Nationalliberale, Sozialdemokraten und 2 Zentrum.

Die Volkspartei gewinnt: Ludwigsburg-Stadt und verliert: Backnang, Besigheim, Kirchheim und Weislingen. Konervative und Bauernbund gewinnen: Backnang, Bradenheim, Kirchheim, Künzelsau u. Weislingen und verlieren: Heidenheim, Redarjulin und Schornheim. Die Nationalliberalen gewinnen: Besigheim, Weislingen, Göppingen und Neuenbürg; sie verlieren: Bradenheim und Künzelsau, sowie Ludwigsburg-Stadt. Letztere, als der bisherige „linke“ Abgeordnete sich der Nationalliberalen Partei zugerechnet hat. Die Sozial-

demokraten gewinnen: Heidenheim und Schornheim, sie verlieren: Göppingen und Neuenbürg. Das Zentrum gewinnt: Redarjulin und verliert: Weislingen. Rechnerisch stellt sich das Ergebnis für Volkspartei auf einen Gewinn und vier Verluste, Konervative und Bund der Landwirte auf 5 Gewinne und 3 Verluste, Nationalliberale auf 4 Gewinne und 2 Verluste, Sozialdemokraten auf 2 Gewinne und 2 Verluste, Zentrum auf 1 Gewinn und 1 Verlust.

Unter Einrechnung der Ergebnisse des ersten Wahltages vom 16. November zählen bis jetzt das Zentrum 21, Konervative und Bund der Landwirte 17, Volkspartei 15, Nationalliberale 9 und Sozialdemokraten 13 Sitze. 17 Mandate sind noch durch den Landesproporz zu vergeben, der 1906 dem Zentrum 4, der

Volkspartei 4, den Sozialdemokraten 4, Konservativen und Bauernbund 3, sowie den Nationalliberalen 2 Sitze einträgt. Angenommen, was als ziemlich wahrscheinlich gilt, daß der Landesproporz diesmal dasselbe Ergebnis zeitigen würde, so wäre mit folgender Zusammensetzung der neuen Zweiten Kammer zu rechnen: Zentrum 25, Konervative und Bauernbund 20, Volkspartei 19, Sozialdemokraten 17 und Nationalliberale 11 Sitze. Im letzten Landtag zählten das Zentrum 25, Konervative und Bund der Landwirte 15, Volkspartei 23, Sozialdemokraten 16, und Nationalliberale 13 Abgeordnete. Demnach würden nach Abschluß der gesamten Wahl das Zentrum unverändert bleiben, die Volkspartei 4 und die Nationalliberalen 2 Mandate verlieren, der Bauernbund 5 und die Sozialdemokratie 1 Sitz gewinnen.

Januar bis Ende Februar und 15. Juli bis Ende August) in wichtigen Branchen Bedenken geltend gemacht worden sind, und eine Frühberatung namentlich des erlgemanten Handelskammertages dafür ein, daß die Verwaltungsbehörden bei Vorhandensein eines erheblichen Bedürfnisses entgegen andere Termine ausnahmsweise allgemein zu sein sollen. Die vorgesehene Bestimmungen sollen, da es sich um einen Versuch einer Regelung handelt und nach Erfahrungen gesammelt werden müssen, auf Wunsch der Handelskammertage nur auf 3 Jahre Geltung haben. Eine neue Verordnung wird vermutlich spätestens 1. April in Kraft treten.

demokraten gewinnen: Heidenheim und Schornheim, sie verlieren: Göppingen und Neuenbürg. Das Zentrum gewinnt: Redarjulin und verliert: Weislingen. Rechnerisch stellt sich das Ergebnis für Volkspartei auf einen Gewinn und vier Verluste, Konervative und Bund der Landwirte auf 5 Gewinne und 3 Verluste, Nationalliberale auf 4 Gewinne und 2 Verluste, Sozialdemokraten auf 2 Gewinne und 2 Verluste, Zentrum auf 1 Gewinn und 1 Verlust.

Kammern darüber zum Ausdruck zu bringen, daß ihm Gesundheitsrücksichten nicht gestatten, eine Wiederwahl anzunehmen. Er betonte hierbei in seiner Ansprache, daß die württembergische Industrie in Geh. Hofrat Dr. v. Jobst einen sachkundigen und einflussreichen Vertreter mit großen Erfahrungen besitzen habe und verband mit dem Dank aller Kammern für dessen erfolgreiche Tätigkeit besonders auch in der für Württemberg so wichtigen Kanalfrage, die Bitte, die Interessen der württembergischen Industrie auch weiterhin fördern zu helfen. Geh. Hofrat Dr. v. Jobst dankte hierauf in bewegten Worten und versprach, der an ihn gerichteten Bitte nach Kräften zu entsprechen.

2. Der Handelskammertag beriet sodann über einen auf Antrag der Reichsversammlung der württ. Handelskammern vom 30. März 1911 vom Syndikus der Handelskammer Stuttgart Dr. Klein ausgearbeiteten Entwurf einer Satzung des württ. Handelskammertages. Der Handelskammertag erklärte sich nach Vornahme einiger redaktioneller Änderungen mit dem Entwurf einverstanden und bestätigte sich offiziell mit der einstimmigen Annahme der Satzung. Nach § 1 dieser Satzung bilden die 8 Handelskammern des Königreichs Württemberg unter sich eine freie Vereinigung, die den Namen Württembergischer Handelskammertag führt und den Zweck hat, in wichtigen, den Aufgabebereich der Handelskammern berührenden Fragen durch gemeinsame Beratung und Beschlußfassung ein einheitliches gemeinsames Vorgehen herbeizuführen. Nach § 2 sind Mitglieder der Vereinigung die einzelnen Handelskammern als solche zu wählen ist, wurde die Handelskammer Stuttgart einstimmig gewählt.

sichlichere Gestaltung erfahren haben und insbesondere dadurch gewonnen hätten, daß die eigentlichen Ausführungsbestimmungen nicht im einzelnen ins Gesetz aufgenommen, sondern deren Erlaß gemäß § 10 des Gesetzes dem Reichsfinanzminister bzw. den einzelnen Postverwaltungen übertragen werden soll. Damit scheint die Möglichkeit geboten, diese Ausführungsbestimmungen den jeweiligen Bedürfnissen des Verkehrs anzupassen und damit das Gesetz elastischer zu machen. Hinsichtlich der vorgesehene neuen finanziellen Handlung begründete der Handelskammertag mit Genugtuung den Befall der allseitig von Industrie und Handel bekämpften Zuschlaggebühr (Strafgebühr) von 7 Pfg. bei mehr als 600 Buchungen. Dagegen konnte er sich lebhaften Bedenken nicht verschließen gegenüber der vorgeschlagenen Festsetzung einer Einheitsgebühr für Einzahlungen von 10 Pfg. (statt 5 Pfg. für je 500 Mk.), da weitens die Mehrzahl aller Einzahlungen mittels Zahlkarte Einzahlungen unter 500 Mk. sind, komme der neue Tarif einer wesentlichen Vertiefung gleich, die insbesondere gerade diejenigen Kreise treffe, deren Einbeziehung in den Postverkehr angestrebt werden sollte und nach dem Entwurf auch beabsichtigt ist. Der Handelskammertag beschloß daher von einer derartigen Maßnahme nicht nur eine Einbusse an Popularität, sondern auch unter Umständen einen empfindlichen Rückschlag für die bisherige erfreuliche Entwicklung des Postverkehrs. In Würdigung des Umstandes, daß ein Ausgleich für den beträchtlichen Ausfall aus der Zuschlaggebühr geschaffen werden müsse — der in der Vereinbarung des neuen Verfahrens voraussichtlich noch nicht voll gehoben werden könne — beschränkte sich der Handelskammertag darauf, zu fordern, daß wenigstens für kleinere Zahlungen, d. h. solche bis zu 100 Mark, es bei der bisherigen Gebühr von 5 Pfg. bewenden solle, während für alle übrigen Beträge die Einheitsgebühr von 10 Pfg. zu gelten hätte. Auch eine Vereinfachung der Auszahlungsgebühr (wie bisher 5 Pfg. feste Gebühr und Steigerungsgebühr von 1/10 vom Laufende) nämlich 5 Pfg. für je 500 Mk. bei Auszahlungen, wurde für wünschenswert erachtet. Weiterhin sprach sich der Handelskammertag dafür aus, daß die — in der bisherigen Postverordnung nicht ausdrücklich enthaltene — Bestimmung, wonach die Guthaben der Kontoinhaber grundsätzlich nicht verzinst werden sollen, in die abänderungsfähigen Ausführungsbestimmungen von § 10 des Gesetzes verlegt werde, um die Möglichkeit zu geben, bei weiterer erfreulicher finanzieller Entwicklung des Postverkehrs die von den württembergischen Handelskammern bereits 1911 geforderte und auch heute noch grundsätzlich angestrebte Verzinsung ohne gesetzlichen Apparat rasch einzuführen. Gegen die im Gesetzesentwurf vorgesehene Aenderung des bisherigen Verfahrens, wonach bei Einzahlungen die Gebühr nicht mehr vom Empfänger, sondern vom Einzahler zu entrichten sein soll, wurden von verschiedenen Seiten erhebliche Bedenken geäußert, da man befürchtete, daß die in den letzten Jahren unzweifelhaft zu beobachtende Verringerung des Zahlungsvkehrs durch die Gebührentreue des Einzahlers auf neue ins Stocken geraten werde, und zu misslichen Auseinandersetzungen (Abzügen) zwischen Einzahler und Empfänger führen könne. Der Handelskammertag beschloß unter Hinweis auf diese Bedenken in seiner, der Regierung, dem Reichstag und dem Deutschen Landtag zu übermittelnden Eingabe bei Aenderung des bisherigen Verfahrens mit umso größerem Nachdruck die vorerwähnte Ermäßigung der Gebühr für Einzahlungen zu fordern, damit höhere Gebührentreue und Rücksichtnahme veranlaßt werden.

Zur Kinematographenfrage. In der Angelegenheit einer gesetzlichen Regelung des Kinematographenwesens ist seitdem Vernehmen nach im Schoß der Regierung ein eingehender Entwurf so weit gefördert, daß er dem neuen Landtag bald vorgelegt werden dürfte. Inzwischen soll schon auf Grund älterer gesetzlicher Bestimmungen wenigstens für die hohen Festtage eine Zensur eingeführt werden, die unpassende Stoffe und auch bei ersten Stoffen das Unwürdige und Geschnadlose beseitigen soll.

Nah und Fern.

Der Selbstmord eines Stadtschultheißen.
Am Freitag morgen ist in der Nähe der Bahnhofstation Riederschingen der Stadtschultheiß Staudenmeyer als Leiche aufgefunden worden. Es ergab sich, daß er, dem der Kopf vom Kumpfe getrennt war, nachts von einem Zuge überfahren wurde und daß aller Wahrscheinlichkeit nach Selbstmord vorliegt. Wie in Erfahrung gebracht wurde, soll auf dienstlichem Gebiete nicht alles in Ordnung sein. Der Stadtschultheiß, gegen den einige Beschwerden vorlagen, hat sich augenscheinlich in einem auf heute angeetzten Dienstgeschäfte, das für ihn peinlich zu werden drohte, entziehen wollen. Die sofort eingeleitete Untersuchung wird wohl nähere Aufklärung bringen.

Tödliche Pferdebeuße.
In Nöhringen a. F. wurde ein älterer Bauer von seinem Pferde betastet geschlagen, daß er ins Marienhospital nach Stuttgart übergeführt werden mußte. Trotz einer sofort vorgenommenen Operation ist der Betreffende seinen schweren Verletzungen erlegen.

Donnerstag nachmittag halb 5 Uhr kam ein Knecht der Brauerei Stähle in Waldsee mit seinem und noch einem fremden Gespann vom Gaisbüren, wo er den Möbelwagen des Hauptlehrers Effe abgeholt hatte, hierher. Als die Pferde ausgespannt wurden, schlug eines davon aus und traf den Knecht so schwer an den Kopf, daß das Hirn austrat und der Verletzte bewußtlos zusammenbrach. Er liegt hoffnungslos darnieder.

Schafmärkte.
Wergentheim: Dem Schafmarkt am 20. Nov. wurden zugeführt 3904 Stück, wovon die Hälfte verkauft worden ist. Es tobieren Hammel 72-80 Mk., Jahrlinge 72-87 Mk., Bömmen 55-60 Mk., Braden 50-58 Mk. und Wollschaf 70-75 Mark pro Paar.

Abgrenzung von Fabrik und Handwerk. Der Handelskammertag beschloß einstimmig, seine durch die Reichsversammlung vom 30. März v. Js. vorgelegenen Vorarbeiten dem Reichsministerium des Innern nochmals in Erwägung zu bringen (Eingabe vom 10. Mai v. Js.) und um die halbjährige Entscheidung nachzusuchen. Die württembergischen Handelskammern hatten in dieser Eingabe die Forderung nach Einheitlichkeit der Entscheidungen bei Streitigkeiten über die Zugehörigkeit zu Fabrik oder Handwerk bezogen der Handelskammer für das ganze Reich erhoben und die Vorbereitung eines entsprechenden Reichsgesetzes, das Grundlage einer betriebliehen einheitlichen Rechtsprechung sein soll, weiterhin gefordert, es möge das Reichsamt des Innern unverzüglich an eine Sammlung und Prüfung sämtlicher Entscheidungen in den einzelnen Bundesstaaten herantreten und alsdann die Grundlinien für das später auch für Landesinstanzen verbindliche Gesetz entwerfen. Solange derartige einheitliche Regelungen für das ganze Reich nicht erfolgt sei, eruchten die württembergischen Handelskammern dem Reichsministerium des Innern, eine verbindliche Entscheidung dahingehend zu erlassen, daß bei Entscheidungen über die Zugehörigkeit als Fabrik- oder Handwerksbetrieb die Entscheidung des Reichsgerichts — was bisher in Württemberg der Fall war — zur strengen Richtschnur gemacht werden und daß in Berufungsfällen das Reichsministerium des Innern selbst ein gleiches Verfahren beobachtet.

Endlich kam der Handelskammertag auf Grund eines Beschlusses von Dr. Klein-Stuttgart Stellung zu dem württembergischen Preßgesetz, das an Stelle der bisherigen Postverordnung von 1908 treten soll. Der Handelskammertag erkannte zunächst im allgemeinen an, daß die Bestimmungen über die Regelung des Postverkehrs durch den Reichstag und die schärfere Disktion in dem Entwurf eine wesentliche Vereinfachung und ab-



Die Landtags-Nachwahl in unserem Bezirk hatte die Entscheidung gebracht wie vorausgesehen war zu Gunsten des Herrn Commerell. Doch selbst der größte Optimist dachte nicht an eine solche hohe Stimmzahl und es hat sich gezeigt, daß gerade die müßigen Wähler aus dem bürgerlichen Lager kammen. Während die liberalen Parteien, inkl. der Konservativen, 627 Stimmen Reserve hatten brachte es die Sozialdemokratie nur auf 55 Stimmen. Der Bezirk ist jetzt wieder liberal vertreten und liegt es nun an den Parteien und dem Abgeordneten des Bezirks, diesen Arbeitern, welche glauben, nur durch die Sozialdemokratie könnten sie ihre Interessen vertreten lassen, zu

zeigen, daß gerade die liberalen Parteien ein Herz für das Volk haben, was Herr Commerell zwar schon zur Genüge in seinem eigenen Betrieb gezeigt hat.

Der gestrige Sonntag brachte unserer Stadt wieder eine große Anzahl (300 bis 400) Skiläufer. Trotdem es gestern früh zu regnen anfangen wurde gegen Mittag durch einen leichten Schneefall die Bahn doch noch gut. Der heute früh einsetzende Schneefall wird für die nächsten Tage auch die Rodelbahn befahrbar machen, und möchten wir nur wünschen, daß den Wintersportfreunden von Pforzheim und Stuttgart sowie der weiteren Umgegend einmal die Gelegenheit geboten werden könnte, unsere Ski- und Rodelgelände sowie auch die Einrichtung unserer Hotels und Restaurants im Winter kennen zu lernen. Waldbad hätte

gewiß für sehr viele Sportler einen Vorzug schon in Anbetracht unseres bequemen Aufstiegs durch die Bergbahn.

Letzte Nachrichten.

Konstantinopel, 30. Nov. Die Bevollmächtigten beider Parteien sind heute in Ischotoldtscha nicht zusammengekommen. Der Handelsminister Reschid Pascha ist in der Nacht zurückgekehrt und hat heute am Ministerrat teilgenommen, der über die letzte Phase der Verhandlungen beraten und neue Weisungen vorbereitet haben soll. Die für morgen angelegte Sitzung scheint die entscheidende zu sein. Inzwischen treffen fortgesetzt anatolische Truppen ein. Logobut Schewket Pascha ist von Gallipoli hier eingetroffen.

Druck und Verlag der Bernh. Holmannschen Buchdruckerei in Waldbad. — Verantwortlich: G. Reinhardt, bafelst.

An meine Wähler und Mitbürger!

Es ist mir ein Herzensbedürfnis, allen meinen Wählern den aufrichtigsten herzlichsten Dank zu sagen für das mir bei der Landtagswahl in so reichem Maße entgegengebrachte ehrenvolle Vertrauen. Ganz besonders danke ich für die treue unermüdlige Mitarbeit und die tatkräftige Unterstützung, die mir aus allen Kreisen der Wählerschaft insbesondere auch seitens der Fortschrittlichen Volkspartei, zu teil geworden ist.

Es wird mein eifrigstes Bestreben sein, mich des hohen Vertrauens würdig zu erweisen und die Interessen unseres Bezirks und seiner Bewohner nach besten Kräften zu vertreten.

Waldbad, den 30. November 1912.

Karl Commerell,
Landtagsabgeordneter.

Der

Total-Ausverkauf

wegen

Hausverkaufs und Geschäftsübergabe

meines großen und gutsortierten

Pelzwarenlagers

im ungefähren Werte von

= Mk. 35000 =

bietet jedem die allergrößten Vorteile zum Einkauf von

Pelzwaren.

Es kommen nur sachverständig ausgesuchte, zum allergrößten Teil selbstverfertigte Fellarten zum Verkauf und darf jeder Käufer der reellsten Bedienung versichert sein. Da ich auf alle Waren einen Rabatt von

20 bis 30 Prozent

gewähre, liegt es in jedermanns Interesse, zum Einkauf meinen großen Total-Ausverkauf zu benutzen.

Eduard Klein

Pforzheim, am Markt.

Verkauf nur gegen bar.

Auswahlsendungen werden nicht gemacht.

BN. Noch große Posten Hüte in Woll- und Haarfz, in den neuesten Formen und Farben auf Lager, werden zu bedeutend herabgesetzten Preisen ausverkauft

Zwangs-Versteigerung.
Im Wege der Zwangsversteigerung werden **Morgen Dienstag, den 3. Dezbr. 1912,** nachmittags 3 Uhr in Nonnenstift (Zusammenkunft b. grünen Baum) 1 **Futterschneidmaschine, 2 Fas,** ca. 700 Ltr. haltend und ein **Kleiderkasten.** **Nachmittags 4 Uhr in Christophshof** (zusammenkunft b. Auerhahn) 1 **Sofa, 1 Nähmaschine und 1 Komod** öffentlich gegen Barzahlung versteigert, wozu Kaufsüchtiger einladet.
Waldbad, den 2. Dez. 1912.
Gerichtsvollzieher Böttl.

Blikrührschüsseln, Ausstechformen, Anisbrotkapseln, empfiehlt **W. Bohnenberger.**
Alle Sorten Gemüse wie **Blumenkohl, Rosenkohl, Weißkraut, Rotkraut, Rüben, rot und gelb, Salat, Meerrettich, Zwiebeln, Salatkartoffeln, gelb Sauerkraut** empfiehlt **J. Köhle.**

Ev. Arbeiterverein
Waldbad.
Heute Abend — halb 9 Uhr — **Ausführung**
im Gasthaus zur Silberburg.
Der Vorstand.

Auf kommende Weihnachtsbäckerei empfehle ich: **Sämtliche Back-Artikel** in prima frischer Ware und halte mich hierin bestens empfohlen
Robert Treiber.

Flaschenbier
aus der Brauerei Ketterer, Pforzheim hell und dunkel
in ganzen und halben Flaschen empfiehlt
Chr. Weimert,
Rathausgasse.

Schuhwaren-Geschäft
Wilhelm Lutz,
Schuhmacher, Hauptstraße 117.
empfiehlt sein gut sortiertes Lager gutgearbeiteter Schuhe u. Stiefel jeder Art für Herren, Damen, Knaben, Mädchen u. Kinder in Sommer- und Winterwaren, in einfachen, sowie feinsten Qualitäten. Ferner empfehle Turnschuhe, Gummigaloshen, Holzschuhe mit u. ohne Filzsohle, Preise billigst. Sorgfältige Ausführung nach Maß. Reparaturen rasch u. billigst.

Prima frisch gewässerten Stockfisch empfiehlt
Ruhn, Hauptstr. 109.

